Bericht zur 2. Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2014

Piratenpartei Deutschland

27.06.2014

1. Prüfungsrahmen 4
1.1 Prüfungszeitraum 4
1.2 Beteiligte Personen 4
1.3 Gesondert angeforderte Unterlagen 4
2. Allgemeine Prüfungen 8
3. Prüfung der Barkassen 9
3.1 Barkasse der BGS 9
3.2 Barkasse des BPT 9
4. Prüfung der Bankkonten 10
4.1 GLS Bank Kto 7006027900 Standard-Geschäftskonto 10
4.2 GLS Bank Kto 7006027901 Tagesgeldkonto 10
4.3 GLS Bank Kto 7006027902 Shopkonto 10
4.4 GLS Bank Kto 7006027903 wGB 10
4.5 Skatbank Kto 4796586 Zentrales Mitgliedsbeitragskonto 10
5. Prüfung der Buchhaltung 11
5.1 Finanzbuchhaltung 11
5.2 Personalbuchhaltung 12
6. Prüfung des PShop 13
6.1 Prüfung der Barkasse Geschäftsjahr 2013 13
6.2 Prüfung der Ausgangsrechnungen Geschäftsjahr 2013 13
6.3 Prüfung der Eingangsrechnungen Geschäftsjahr 2013 13
6.4 Prüfung der Barkasse Geschäftsjahr 2014 13
6.5 GLS Bank Kto 7006027902 14
6.2 Prüfung der Ausgangsrechnungen Geschäftsjahr 2014 14
6.3 Prüfung der Eingangsrechnungen Geschäftsjahr 2013 14
7. Prüfung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (wGB) 15
8. Versicherungsverträge 16
9. Steuerrelevante Tatbestände 17
9.1 Spenden 17
9.2 Sonstige Steuerthemen 18
10. Arbeitgeberverpflichtungen 19
11. Dauerschuldverhältnisse 20
11.1 Mietverträge 20
11.2 Personalverträge 20
11.3 Beraterverträge 21
11.4 Verträge mit externen Dienstleistern 21
11.5 Sonstige vorhandene Dauerschuldverhältnisse 21
12. Auftragsbezogene Dienstleistungen 21
13. Budgetplan 22

22.06.2014

14. Reisekostenerstattungen bei Bundesparteitagen 23
15. Kommentierungen zu ausgewählten Prüfungspunkten 24
16. Fazit und Empfehlungen 25
Prüfungserklärung 26
Anhang 27

1. Prüfungsrahmen

1.1 Prüfungszeitraum

Im Rahmen der Buchhaltung (GLS Konto Nr. Kto 7006027900 Standard-Geschäftskonto, Kto 7006027901 Tagesgeldkonto) wurde der Buchungszeitraum 01.04.2014 bis 20.06.2014 geprüft.

Für den sogenannten PShop (GLS Bank Kto 7006027902) wurde der Zeitraum von 15.03.2014 bis 21.06.2014 geprüft. Die Unterlagen für den genannten und den vorangegangenen Zeitraum liegen nur unvollständig vor (u. a. keine Ausgangsrechnungen vorhanden).

Für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (GLS Bank Kto 7006027903) wurde der Zeitraum 01.01.2013 bis 30.05.2014 (laufendes Tagesgeschäft) geprüft; nicht geprüft wurden, da noch nicht vorhanden, Steuerumbuchungen zwischen wGB und PShop.

1.2 Beteiligte Personen

Die Prüfung wurde am 21.06.14 durch die Parteimitglieder bzw. gewählten Kassenprüfer

- Christina Mädge
- Thomas Gaul

durchgeführt.

In Vertretung für den Bundesvorstand stand Jochen Bokor für Fragen zur Verfügung.

Darüber hinaus anwesend waren Irmgard Schwenteck (Buchungskraft Bundesverband), Gordon Thomas als Geschäftsführer des PiratenShops (nachfolgend PShop) sowie Manuela Langer als verantwortliche, hauptamtlich beschäftigte Buchungskraft für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (nachfolgend wGB).

1.3 Gesondert angeforderte Unterlagen

Laut Satzung haben die Kassenprüfer Anrecht auf Einsicht in „alle finanzrelevanten Unterlagen" (vgl. § 9b Absatz 8 Bundessatzung). Entgegen der bisher gängigen Praxis forderte der kommissarische Bundesvorstand am 05.06.2014 die Kassenprüfer auf, ihm zu übermitteln ‚was wir [Wortlaut der Mail: „ihr"] haben wollen [Wortlaut der Mail: „wollt"]', da er bis zum Folgetag ansonsten keine Gelegenheit mehr hätte, dies abzusprechen. Die Kassenprüfer kamen dieser Aufforderung am 08.06.2014 nach (da die Frist sehr kurz gesetzt war) und übermittelten folgende gesonderte, ausdrücklich nicht abschließende Liste:

1. sämtliche eingegangenen bzw. vorliegenden Angebote für den außerordentlichen Parteitag; nach Möglichkeit bewertet unter dem Aspekt "Total Cost of Ownership"
2. neu abgeschlossene sowie laufende Dauerschuldverhältnisse – darunter fallen Angestelltenverträge (inkl. und insb. Neuanstellungen), Beraterverträge, Mietverträge, Beraterverträge, Verträge mit Dienstleistern etc.
3. sämtliche Unterlagen den Pshop und den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (wGB) betreffend
4. eine aggregierte Darstellung der Kosten, die im Rahmen des Europawahlkampfes angefallen sind (differenziert nach Material Veranstaltungen, Reisekosten etc.)
5. eine Aufstellung der Reisekosten der Helfer bei Bundesparteitagen im Zeitverlauf differenziert nach den einzelnen Teams (Auf- und Abbau, Versammlungsleitung, Wahlleitung (inkl. Wahlhelfer), Front- u. Backoffice, Presse, Technik, Sicherheit, Awareness, Gecko Squad, ...)
6. "Stellenplanung" für den kommenden (außerordentlichen) Bundesparteitag differenziert nach den einzelnen Teams
7. Erläuterungen zur Kostenkalkulation Ticket 5133 „
8. Antrag: Einladung zum aBPT in Halle per Post (vgl. http://verwaltung.piratenpartei.de/issues/5133)

22.06.2014

9. Finanzplan der SG Innerparteiliche Bildung (Anm.: Da Gefion Mitglied dieser SG ist, dürfte ihr ein differenzierterer Finanzplan der SG vorliegen)

Auf diese Anfrage reagierte der kommissarische Bundesvorstand (im Folgenden „komm. BuVo"), an dieser Stelle vertreten durch Gefion Thürmer, am 12.06.2014 wie folgt:

Zu 1.: sämtliche eingegangenen bzw. vorliegenden Angebote für den außerordentlichen Parteitag; nach Möglichkeit bewertet unter dem Aspekt "Total Cost of Ownership".

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
„Im Anhang schicke ich eine die Übersicht der Angebote und unsere Einschätzung / Entscheidungsgrundlage."

Vermerk der Kassenprüfer:
Es erfolgte die Übermittlung einer Excel-Tabelle an die Kassenprüfer. Diese Excel-Tabelle ist dem Prüfbericht als Anlage beigefügt. Es erfolgte keine Übermittlung der Angebote im Wortlaut, so dass eine abschließende Überprüfung der Angebote, die i. w. S. relevant für die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung (vgl. hierzu die Ausführungen im Anhang) sind, nicht möglich war. Die Angebote lagen den Kassenprüfern bis zum Prüfungstermin nicht vor.
Der Vertrag zum angenommenen Angebot (Halle / Saale) lag den Kassenprüfern nur unvollständig vor, da das letztendliche Angebot, das elementarer Vertragsbestandteil ist, nicht vorhanden war.

Die Kassenprüfer können auf Basis der vorgelegten Excel-Tabelle keine vollumfängliche Prüfung vornehmen, nicht zuletzt, weil die Tabelle unvollständig und zum Teil veraltet ist.

Gesonderte Anmerkungen zu der Excel-Tabelle:

- Die Angaben zu Halle basieren auf dem ersten Angebot, das Angebot ist mittlerweile mittlerweile teurer, weil wohl u.a. bessere Stühle genommen wurden.
- Es fehlen die Angebote aus Frankfurt und Braunschweig.
- die Örtlichkeiten in Germering sind – entgegen der Angabe in der Excel-Tabelle – dem Hauptverantwortlichen der Main-Orga (Florens Dölschner) aufgrund eines LPT bekannt.
- "n/a" beim Punkt „Übernachtungen" ist z. T. etwas vereinfacht / verkürtzt dargestellt, da Germering direkt bei München „um die Ecke" liegt; auch in Erfurt und Chemnitz dürften ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten vorhanden sein
- schlechte Erreichbarkeit bei Erfurt ist unverständlich, da die Erreichbarkeit via ICE und Autobahn gewährleistet ist.

2. neu abgeschlossene sowie laufende Dauerschuldverhältnisse – darunter fallen Angestelltenverträge (inkl. und insb. Neuanstellungen), Beraterverträge, Mietverträge, Beraterverträge, Verträge mit Dienstleistern etc.

Anmerkung komm. BuVo am 12.06.2014:
„Die habe ich nicht, würde aber annehmen dass Irmgard und Manuela die Unterlagen ohnehin dabei haben."

Vermerk der Kassenprüfer:
Die Vertragsunterlagen lagen bzw. liegen größtenteils in der BGS vor (vgl. Punkt 9.).

3. eine aggregierte Darstellung der Kosten, die im Rahmen des Europawahlkampfes angefallen sind (differenziert nach Material, Veranstaltungen, Reisekosten etc.)

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
Die sollte es im Sage geben, wie bereits vor Wochen per Mail gesagt."

Vermerk der Kassenprüfer:
Die Buchhaltung hat eine solche Aufstellung auf Basis des aktuellen Buchungsstandes vorgelegt. Die Kassenprüfer haben zum aktuellen Zeitpunkt nichts zu beanstanden.

4. eine Aufstellung der Reisekosten der Helfer bei Bundesparteitagen im Zeitverlauf differenziert nach den einzelnen Teams (Auf- und Abbau, Versammlungsleitung, Wahlleitung (inkl. Wahlhelfer), Front und Backoffice, Presse, Technik, Sicherheit, Awareness, Gecko Squad, ...)

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
„Hier baue ich auf Irmgard, da ich die Unterlagen weder habe, noch wüsste woher ich sie bekommen sollte."

Anmerkung der Kassenprüfer:
Zum aktuellen Zeitpunkt ist nur eine Darstellung der Gesamtkosten möglich. Eine Differenzierung nach einzelnen Teams ist nicht möglich, da Irmgard hierfür die notwendigen Daten fehlten / fehlen. Die Kassenprüfer sollten und werden diesen Punkt weiter verfolgen, da die Kosten für Helfer bei Bundesparteitagen im Zeitverlauf stark angestiegen sind (vgl. Punkt 13 und 14).

5. "Stellenplanung" für den kommenden (außerordentlichen) Bundesparteitag differenziert nach den einzelnen Teams

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
„Mit etwas Glück kann Florens uns das schicken. Ich frage ihn mal."

Vermerk Kassenprüfer:
Den Kassenprüfern wurde zum Prüfungstermin eine vorläufige, noch unvollständige Teamliste vorgelegt, die zu diesem Zeitpunkt 145 Helfer umfasste. Für weitere Anmerkungen s. Punkt 11 und 12.

6. Erläuterungen zur Kostenkalkulation Ticket „Antrag: Einladung zum aBPT in Halle per Post" (vgl. *http://verwaltung.piratenpartei.de/issues/5133*)

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
„Habe ich nicht. Aber die Rechnung dazu hat Irmgard."

Vermerk der Kassenprüfer:
Die Erläuterungen zu den Kosten wurden schon vor der Kassenprüfung durch Alex Zinser erweitert. Statt der ursprünglich anvisierten Kosten i. H. v. ca. 16.000€ beliefen sich die Kosten auf auf ca. 12.000 € (Einsichtnahme in relevante ist Rechnungen erfolgt).

7. Finanzplan der SG Innerparteiliche Bildung (Anm.: Da Gefion Mitglied dieser SG ist, dürfte ihr ein differenzierterer Finanzplan der SG vorliegen)

Anmerkung komm. BuVo via Mail am 12.06.2014:
„Nein. Es gibt den Plan der beschlossen wurde, den ihr offensichtlich schon kennt. Was meine Mitgliedschaft in der SG mit einer angeblichen besseren Informationslage zu tun haben soll erschließt sich mir nicht."

Vermerk der Kassenprüfer:
Der aktuelle Finanzplan beinhaltet folgende Kosten (vgl. Beschluss #5164 „Finanzplan SG Bildung", http://verwaltung.piratenpartei.de/issues/5164):

- 01 Reisekosten für Referenten ..... 3000 €
- 02 Tools/Software ..... 1000 €
- 03 Materialkosten ..... 1000 €
- 04 Vor-Ort-Workshops der SG ..... 3500 €
- 05 Aufwandsentschädigungen ..... 500 €
- 06 Sonstiges ..... 1000 €

Der Finanzplan erscheint den Kassenprüfern nach wie vor sehr grob. Insbesondere in Anbetracht sonstiger Umstände (vgl. insb. Punkt 13) hätten sich die Kassenprüfer an dieser Stelle detailliertere Informationen gewünscht, wofür die Gelder im Einzelnen verwendet werden sollen. Die Kassenprüfer empfinden das Vorgehen an der Stelle als leicht fahrlässig, da in ihren Augen insbesondere der Bundesvorstand genau diese Fragen stellen sollte. Hinzu kommt, dass Gefion Thürmer selbst Mitglied der SG Innerparteiliche Bildung ist und es in Anbetracht dessen nach Meinung der Kassenprüfer verantwortungsbewusster gewesen wäre, diese Entscheidung an einen ihrer Vorstandskollegen zu delegieren bzw. die Entscheidung dem nachfolgenden Bundesvorstand zu überlassen. Die Kassenprüfer bitten die SG Innerparteiliche Bildung um differenziertere Angaben dahingehend, wofür die Kosten im Einzelnen angedacht sind.

2. Allgemeine Prüfungen

Folgende Unterlagen liegen vollständig vor:

Prüfung	BG	Kommentar
Bilanz	Nein	entfällt, da erst mit dem Jahresabschluss fertig
Summen und Saldenliste	Ja	
Kontenblätter	Nein	im Sage jederzeit abrufbar; aus Transportgründen (Menge) nicht ausgedruckt vorliegend (unproblematisch)
Journal	Nein	im Sage jederzeit abrufbar (Unmengen von Papier, die gedruckt werden müssten)
Kontenplan	Ja	besteht seit 2010; wird in geringem Maße an veränderte Gegebenheiten angepasst (Bankkonten der Gliederungen)
Buchungsbelege	Ja	für den angeforderten Zeitraum
Bankkontenauszüge	ja	für den angeforderten Zeitraum; außerdem alle im Redmine erfasst; Anm. zum Beitragskonto: kein Ausdruck vorliegend, nur als pdf (Ausdruck nicht sinnvoll)
Angebote für den außerordentlichen Bundesparteitag	Nein	nur Excel-Tabelle; keine Angebote selbst vorgelegt
Vertrag für den außerordentlichen Bundesparteitag	Nein	unvollständig
Verträge Dauerschuldverhältnisse	Nein	Für ausführliche Informationen s. Punkt 9.

Prüfung	BG	Kommentar
Die Belegablage ist übersichtlich und nach einem nachvollziehbaren Ordnungsprinzip gestaltet. siehe Kommentar	Ja	leichte Unterschiede in der Erfassung (also mit Blick auf Girokonten, Tagesgeldkonto, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (wGB), PShop); beste intersubjektive Nachvollziehbarkeit bei den Giro- und dem Tagesgeldkonto

22.06.2014

3. Prüfung der Barkassen

Zum aktuellen Zeitpunkt wird eine Barkasse geführt.

3.1 Barkasse der BGS

Die Barkasse der BGS wurde am 05.05.2014 aufgelöst. Die verbliebene Restbestand 97,07 € wurde auf das Bundeskonto bei der GLS eingezahlt.

3.2 Barkasse des BPT

Die Kassenführung wird auch im Jahr 2014 weiter von Irmgard Schwenteck verantwortet. Hier erfolgte keine erneute Prüfung (letzte Prüfung am 05.04.2014, seitdem kein Bundesparteitag erfolgt, daher keine Prüfung notwendig, da keine Veränderungen).

22.06.2014

4. Prüfung der Bankkonten

4.1 GLS Bank Kto 7006027900 Standard-Geschäftskonto

Prüfung	BG	Kommentar
Der Jahresanfangs- und der Jahresendbestand lt. Kontoauszug der Bank stimmen mit dem Kontenendbestand der Finanzbuchhaltung überein.	Ja	lt. Buchhaltung; letzte Prüfung erfolgte am 05.04.2014, damals keinerlei Beanstandungen (vgl. Prüfbericht); bei dieser Prüfung nicht gesondert geprüft. Soll Anfangsbestand: 11.053,12 Endbestand: 323.964,57 zum 24.03.2014
Die Kontoauszüge der Bank sind für den gesamten Prüfungszeitraum lückenlos dokumentiert.	Ja	lt. Buchhaltung; letzte Prüfung erfolgte am 05.04.2014, damals keinerlei Beanstandungen (vgl. Prüfbericht); bei dieser Prüfung nicht gesondert geprüft.

4.2 GLS Bank Kto 7006027901 Tagesgeldkonto

Prüfung	BG	Kommentar
Der Jahresanfangs- und der Jahresendbestand lt. Kontoauszug der Bank stimmen mit dem Kontenendbestand der Finanzbuchhaltung überein.	Ja	lt. Buchhaltung; letzte Prüfung erfolgte am 05.04.2014, damals keinerlei Beanstandungen (vgl. Prüfbericht); bei dieser Prüfung nicht gesondert geprüft. Anm.: Anfangsbestand: 258.150,40 € Endbestand: 328.214,37 € zum 31.03.2014
Die Kontoauszüge der Bank sind für den gesamten Prüfungszeitraum lückenlos dokumentiert.	Ja	lt. Buchhaltung; letzte Prüfung erfolgte am 05.04.2014, damals keinerlei Beanstandungen (vgl. Prüfbericht); bei dieser Prüfung nicht gesondert geprüft.

4.3 GLS Bank Kto 7006027902 Shopkonto

vgl. Punkt 6.5

4.4 GLS Bank Kto 7006027903 wGB

vgl. Punkt 7

4.5 Skatbank Kto 4796586 Zentrales Mitgliedsbeitragskonto

Prüfung	BG	Kommentar
Der Jahresanfangs- und der Jahresendbestand lt. Kontoauszug der Bank stimmen mit dem Kontenendbestand der Finanzbuchhaltung überein.	Ja	Jahresendbestand: 44.465,06 € zum 31.12.2013 Zwischenbestand 75.236,12 € zum 31.03.2014 Zwischenbestand: 81.058,61 € zum 05.06.2014
Die Kontoauszüge der Bank sind für den gesamten Prüfungszeitraum lückenlos dokumentiert.	Ja	

5. Prüfung der Buchhaltung

5.1 Finanzbuchhaltung

Prüfung	BG	Kommentar
Für alle Buchungen sind lt. Stichprobenprüfung Belege vorhanden. Alle Buchungseintragungen sind mit Belegnummern versehen.	Ja	
Die Verbuchung aller Belege eines Monats wurde vollständig überprüft.	Nein	War dieses Mal nicht Umfang der Prüfung, da bereits im 05.04.2014 erfolgt.
Bei Bilanzierung: Die Ansätze der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz ergeben sich nachvollziehbar aus den Konten der Buchhaltung.	Ja	Da die Bilanz automatisch aus Sage generiert wird.
Bei Überschussrechnung: Sämtliche Einnahmen und Ausgaben wurden addiert. In der Addition des Vorjahresbestandes + Einnahmen/ oder – Ausgaben des Prüfzeitraums, ergab den ausgewiesenen Endbestand laut Kassenbuch, Auszug der Kreditinstitute etc.	Nein	Entfällt, da Bilanzierung (s. o.)
Es wird eine aktuelle Inventarliste geführt, aus der die Bestände jeweils zum Jahresende ersichtlich sind.	Nein	Liegt noch nicht vor.
Bei größeren Ausgabenpositionen wurde geprüft, ob die zutreffende buchhalterische Zuordnung für den ideellen Bereich, für die Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb oder den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb erfolgt ist.	Ja	Es werden alle Ausgaben den entsprechenden Bereichen zugeordnet. Es gibt keine Vermischung.
Alle Ausgaben (insbesondere die größeren Posten) wurden konform mit der Satzung getätigt. (Notwendige Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder des Vorstands liegen vor.) Die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung werden im Rahmen der Buchhaltung offensichtlich eingehalten. Insbesondere der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit wurde beim vorliegenden Jahresabschluss beachtet.	Nein	Jahresabschluss ist noch nicht vorhanden.
Die Aufbewahrung der Buchhaltungsunterlagen erfolgt konform mit den gesetzlichen Fristen. siehe Kommentar	Ja	

22.06.2014

5.2 Personalbuchhaltung

Die Personalbuchhaltung wurde im Prüfungszeitraum im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit durch M. Weber erstellt. Die monatlichen Salden wurden je abgerechnetem Mitarbeiter manuell in die Finanzbuchhaltung übernommen.

Prüfung	BG	Kommentar
Die Jahresendsalden der Personalbuchhaltung stimmen für die refinanzierbaren Personalkonten mit den Kontenendbeständen in der Finanzbuchhaltung überein.	--	Überprüfung erfolgte bei der letzten Kassenprüfung; war dieses Mal daher nicht Bestandteil.
Reisekostenabrechnungen wurden stichprobenartig auf zutreffende km-Pauschbeträge, Angaben zum Verpflegungsmehraufwand (Zeit, Abwesenheitsdauer) geprüft.	Ja	Wurde stichprobenartig zwischen den beiden Kassenprüfungsterminen (buchungsbegleitend) durch die Kassenprüfer geprüft. Keine Beanstandungen.
Die Rednerpauschale wird ausschließlich für „echte“ Redner angesetzt. siehe Kommentar	--	Entfällt, da nicht vorhanden.

6. Prüfung des PShop

Allgemeine Vorbemerkung:

Der PShop ist zweigeteilt. Die Einteilung erfolgt in

1. sog. „Zentraleinkauf" (parteiintern)

2. sog. „Fanshop" (extern).

Die Buchungen erfolgen getrennt voneinander. Diese Trennung bei der Buchung ist erforderlich, da nur die im Fanshop generierten Umsätze Relevanz für die Parteienfinanzierung haben. Die im Fanshop generierten Umsätze werden als Eigenannahmen der Partei gezählt / gerechnet und haben somit Auswirkung auf die Höhe der Parteienfinanzierung.

Die Entscheidungen über den Einkauf obliegen dem Geschäftsführer Gordon Thomas. Anregungen seitens der Mitglieder werden begrüßt und berücksichtigt.

6.1 Prüfung der Barkasse Geschäftsjahr 2013

Es wurde eine Barkasse geführt.

Die Belege sind (nach stichprobenartiger) Prüfung vollständig, sind jedoch nicht durchnummeriert (intersubjektive Nachvollziehbarkeit daher schwierig).

6.2 Prüfung der Ausgangsrechnungen Geschäftsjahr 2013

Ausgangsrechnungen für das Geschäftsjahr 2013 liegen nicht in Papierform vor, was den allgemeinen Regeln der Buchhaltung widerspricht und die Einsichtnahme der Kassenprüfer zum Prüfungstag nicht ermöglicht.

Gordon macht Zusage, die Ausgangsrechnungen vor dem außerordentlichen Parteitag am Freitag, dem 27.06.2014, zur Prüfung vorzulegen.

6.3 Prüfung der Eingangsrechnungen Geschäftsjahr 2013

Eingangsrechnungen in 2013 – nach Stichprobenkontrolle – ordnungsgemäß verbucht, jedoch nicht durchnummeriert.

6.4 Prüfung der Barkasse Geschäftsjahr 2014

Es wird eine Barkasse geführt. Diese wurde zum 31.12.2013 mit einem Betrag i. H. v. 148,35 € übernommen und blieb in der Folgezeit unberührt. Endstand ist somit 148,35 €.

Für jeden Monat wurde ein Kassenblatt angelegt.

Der Betrag wurde von den Kassenprüfern geprüft und wird zum 21.06.2014 bestätigt.

Es wurde bzw. wird ein Bankkonto geführt.

6.5 GLS Bank Kto 7006027902

Prüfung	BG	Kommentar
Der Jahresanfangs- und der Jahresendbestand lt. Kontoauszug der Bank stimmen mit dem Kontenendbestand der Finanzbuchhaltung überein.	Ja	
Die Kontoauszüge der Bank sind für den gesamten Prüfungszeitraum lückenlos dokumentiert.	Ja	Die Original-Kontoauszüge liegen in der BGS vor und werden zur weiteren Verbuchung im Verwaltungsportal des Bundes erfasst. Zusätzlich werden alle Belege, also auch die Kontoauszüge seit Übernahme des PShops durch Gordon Thomas, in einem DMS namens ecoDMS Kontoauszüge erfasst (Onlineauszug via „StarMoney“).

6.2 Prüfung der Ausgangsrechnungen Geschäftsjahr 2014

Ausgangsrechnungen für das Geschäftsjahr 2014 liegen nicht in Papierform vor, was den allgemeinen Regeln der Buchhaltung widerspricht und die Einsichtnahme der Kassenprüfer zum Prüfungstag unmöglich machte.

Gordon macht Zusage, die Ausgangsrechnungen vor dem außerordentlichen Parteitag am Freitag, dem 27.06.2014, zur Prüfung vorzulegen.

Nach Vorlage einer einzelnen Rechnung am 22.06.2014 wurde festgestellt, dass kein Leistungsdatum vermerkt ist. Bei zukünftigen Ausgangsrechnungen sollte dieses vermerkt werden.

6.3 Prüfung der Eingangsrechnungen Geschäftsjahr 2013

Eingangsrechnungen in 2013 – nach Stichprobenkontrolle – ordnungsgemäß verbucht, jedoch nicht durchnummeriert.

Fazit:

Es sind keine weiteren Auffälligkeiten vorhanden. Die Kassenprüfer empfehlen für die Zukunft das Anlegen eines eigenen Nummernkreises.

22.06.2014

7. Prüfung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (wGB)

Die Stichprobenkontrolle der Buchungen im Abgleich mit den Bankbelegen im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (wGB) ergab für den Zeitraum 01.1.2013 bis 18.06.2014 keine Beanstandungen.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass derzeit kein aktiver Zugang auf das GLS Konto des wGB (Nr. 7006027903) möglich ist. Die Zahlungen werden daher über andere Konten der Piratenpartei abgewickelt. Dieses sollte schnellstmöglich geändert werden.

Bei Prüfung einzelner wGB-Objekte ergab sich für das Dauerprojekt KTR „Versorgung LGS Berlin R09030012" für das Wirtschaftsjahr 2013 ein Verlust – ohne Berücksichtigung des Warenbestandes – von 1.119,67€. Bei Aktivierung des Warenbestandes mit dem Verkaufspreis ergibt sich ein Verlust i.H.v. 430,67€. Die Kassenprüfer empfehlen der Piratenpartei Deutschland eine Einstellung des Dauerprojektes R09030012.

22.06.2014

8. Versicherungsverträge

Prüfung	BG	Kommentar
Es besteht eine Haftpflichtversicherung. Deckungssummen für Sachschäden: 5.000.000€ Personenschäden: 5.000.000€	Ja	
Das Inventar ist versichert gegen: • Feuer • Einbruchdiebstahl • Leitungswasserschäden • Elektronikschäden	Ja	Gesamtversicherungssumme 30.000€
Der nachgewiesene Versicherungswert entspricht dem heutigen Neuwert.	Ja	Die Rechner im Rechenzentrum sind im Hosting-Vertrag mit abgesichert

Gesondert geklärt werden sollte noch einmal, ob sich die Versicherungen auf alle Untergliederungen und ihre jeweiligen Geschäftsstellen und Mitglieder erstrecken.

22.06.2014

9. Steuerrelevante Tatbestände

9.1 Spenden

Prüfung	BG	Kommentar
Es wird ein Spendenbuch geführt, in dem alle Spenden fortlaufend nummeriert aufgeführt sind. siehe Kommentar	Nein	Die Spenden werden nicht fortlaufend nummeriert, jedoch wird jede Spende einzeln erfasst und gebucht.
Zu jeder Spende existiert eine Kopie der ausgestellten Zuwendungsbestätigungen.	Ja	liegt im Archiv
Auf der Zuwendungsbestätigung ist der Bezug zur Positionsnummer im Spendenbuch und/oder zum Buchungsbeleg in der Finanzbuchhaltung dokumentiert.	Ja	Datum ist der Bezug.
Die Zuwendungsbestätigungen orientieren sich an den Formularvorgaben des Bundesfinanzministeriums in der jeweils für den Prüfungszeitraum geltenden Version (www.bundesfinanzministerium.de)	Ja	
Erhaltene Spenden sind über separate Konten in der Gewinn- und Verlustrechnung nachweisbar.	Ja	
Die Bewertung von Sachspenden erfolgte unter Berücksichtigung der steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften. Die Wertangabe des Spenders wurde eingehend anhand von objektiven Unterlagen (z.B. Kaufbeleg) überprüft. Der Nachweis ist dem Doppel der Zuwendungsbestätigung beigefügt.	Ja	
Einzelspenden sind durch Überweisungsbelege, Lastschriftbelege oder Einzahlungsquittungen belegt.	Ja	
Für zweckgebundene Spenden wurde der jeweilige Verwendungsnachweis (z.B. im Spendenbuch) dokumentiert.	Ja	Wird jeweils im Buchungstext erfasst und ggf. auf separate Kostenträger gebucht.

22.06.2014

9.2 Sonstige Steuerthemen

Prüfung	BG	Kommentar
Der Partei führte im Prüfungszeitraum Aktivitäten durch, die mit steuerlich relevanten Einnahmen verbunden waren. siehe Kommentar	Ja	wGB und PShop
Die steuerliche Behandlung von Vereinszeitschriften wurde geprüft. siehe Kommentar	Nein	Entfällt, da keine Vereinszeitschriften vorhanden.
Die steuerliche Behandlung von Sponsoring wurde geprüft. siehe Kommentar	Nein	Entfällt, da es bislang kein Sponsoring gab.
Fällige Steuern wurden ordnungsgemäß abgeführt.	Ja	
Die Rücklagenbildung (einschließlich Kapitalstruktur) erfüllt die Anforderungen des § 58 Nr.6 und 7 AO.	Nein	Entfällt, da nicht vorhanden.

22.06.2014

10. Arbeitgeberverpflichtungen

Prüfung	BG	Kommentar
Die Partei kommt seiner gesetzlichen Versicherungspflicht zur Unfallversicherung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter nach.	Ja	
Zahlungen an Mitarbeiter wurden auf Lohnsteuer und Sozialversicherungspflicht überprüft.	Ja	überschlagsmäßig
Der letzte Prüfbericht zur Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung liegt vor.	Nein	Es ist bisher keine Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung erfolgt.
Der letzte Prüfbericht zur Betriebsprüfung durch das Finanzamt liegt vor.	Nein	Es ist bisher keine Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung erfolgt.
Die Abgaben an die Sozialversicherungsträger und das Finanzamt wurden ordnungsgemäß abgeführt.	Ja	Sowohl Finanzamt als auch Krankenkassen haben eine Einzugsermächtigung und buchen die Gelder monatlich ab.

11. Dauerschuldverhältnisse

Überprüft werden folgende Dauerschuldverhältnisse:

- Mietverträge
- Personalverträge
- Beraterverträge,
- Verträge mit Dienstleistern
- sonstige vorhandene Dauerschuldverhältnisse

11.1 Mietverträge

Zum aktuellen Zeitpunkt existieren folgende Verträge

1. Mietvertrag für die Bundesgeschäftsstelle (BGS) inkl. Nutzungsüberlassung für den Landesverband (LV) Berlin
2. Lagerraum in einem Selfstorage zur Einlagerung von Akten

Zu 1.:

Nach Prüfung des Mietvertrages und der Nutzungsüberlassung wird seitens der Kassenprüfer angeregt die Kündigungsfristen der Nutzungsüberlassung an die des Hauptmietvertrages anzupassen.

Zu 2.:

Eingesehen durch die Kassenprüfer. Ohne Beanstandung.

11.2 Personalverträge

Die Piratenpartei Deutschland hat zum aktuellen Zeitpunkt 11 Beschäftigte auf Bundesebene. Die Personalkosten für die Beschäftigten belaufen sich zum aktuellen Zeitpunkt auf ca. 25.000 € pro Monat (inkl. Arbeitgeberanteil Lohnsteuer, Zahlungen an Sozialversicherungsträger) bzw. ca. 300.000 € pro Jahr. Für Urlaubs- und / oder Weihnachtsgelder existieren keine gesonderten Regelungen, diese sind jeweils mit dem Gehalt abgegolten.

Die Personalverträge umfassen:

- Angestelltenverträge
- Honorarverträge
- Sonstige Verträge

6 der bestehenden 11 Verträge lagen nicht zur Einsicht in der BGS vor. Diese Verträge sind (im Original) unverzüglich an die BGS zu übermitteln, u. a. zwecks nachträglicher Überprüfung.

Bei einem Vertrag ist festgestellt worden, dass möglicherweise bei dem Unterzeichner für den Bundesverband keine ausreichende Vertretungsmacht vorlag.

Bei einer/m Beschäftigten liegt nach aktueller Auskunft keine schriftliche Vertragsverlängerung vor.

Bei einem Vertrag besteht aufgrund nicht eindeutiger Formulierung im Vertrag Uneinigkeit über die Kündigungsfrist. Aufgrund dieser Unklarheit ist ungewiss, wie lange der Vertrag nach der bereits ausgesprochenen Kündigung weiterläuft.

Im Rahmen einer vertraglichen Bindung bestehen zum aktuellen Zeitpunkt Verpflichtungen bzw. noch nicht fällige Verbindlichkeiten in Höhe von ca. 10.000 €. Die finanzielle Belastung und der Eintrittszeitpunkt sind bekannt, jedoch liegen noch keine Rechnungen vor, sodass die Mittel bisher nicht verbucht worden sind.

22.06.2014

11.3 Beraterverträge
Zum aktuellen Zeitpunkt existieren keine Beraterverträge.

11.4 Verträge mit externen Dienstleistern
Zum aktuellen Zeitpunkt besteht (noch) ein Zugriff auf Datev (Lizenzmodell), da bis 2011 die Buchhaltung in Datev erfolgte und wir an die Aufbewahrungsfristen gebunden sind. Hierbei bestehen zum einen Kosten für die Nutzungslizenz (145 € / Monat) sowie Kosten für die Datensicherung (ca. 240 € / Monat).

Bzgl. der Lizenzkosten wird seitens der Kassenprüfer angeregt, zu überprüfen, ob diese noch weiter gezahlt werden müssen (notwendig ist die Lizenz für das Alltagsgeschäft nicht mehr).

11.5 Sonstige vorhandene Dauerschuldverhältnisse
Es existieren u. a. weitere monatliche Kosten für (keine abschließende Aufzählung):

- Versicherungen (s. Punkt 6)
- Rechenzentrum
- Softwarelizenzen u. Ä. (für Presse und Verwaltung).

12. Auftragsbezogene Dienstleistungen
Für auftragsbezogene Dienstleistungen wird seitens des Bundes jeweils einmal pro Jahr ein Einzelauftrag für Wirtschaftsprüfungsleistungen nach Angebotseinholung vergeben.

13. Budgetplan

Der Budgetplan für das Jahr 2014 wurde am 26.01.2014 im Redmine veröffentlicht (vgl. http://verwaltung.piratenpartei.de/issues/3279)

Die Kassenprüfer sprechen eine ausdrückliche Empfehlung an den nächsten Bundesvorstand aus, hier eine Anpassung vorzunehmen.

Insbesondere die Planung bei den Mitgliedsbeiträgen erscheint sehr optimistisch geplant. Die ursprüngliche Planung geht von 20.000 Vollzahlern aus. Zum aktuellen Zeitpunkt haben ca. 8.200 Mitglieder ihren Beitrag bezahlt. Hier sollte dringend eine Anpassung erfolgen.

Bei den Ausgaben sind insbesondere bei folgenden Punkten Anpassungen vorzunehmen:

- Bundesparteitage:
  - Hallenkosten:

    Im ursprünglichen Budgetplan sind Kosten in Höhe von 70.000 € angesetzt worden. Die Kosten für die Halle beim Bundesparteitag 2014.1 am 04./05.01.2014 betrugen 37.535 €. Die Kosten für die Halle für den außerordentlichen Bundesparteig 2014.2 in Halle belaufen sich nach aktuellem Kenntnisstand auf ca. 40.000 €. Insofern ist hier eine Anpassung vorzunehmen.
  - Gebärdendolmetscher:

    Im ursprünglichen Budgetplan sind Kosten in Höhe von 7.000 € angesetzt worden. Beim Bundesparteitag 2014.1 sind Kosten i. H. v. 4.360 € für Gebärdensprachendolmetscher angefallen. Auch hier ist insofern u. U. eine Anpassung notwendig.
  - Reisekosten für die Helfer:

    Im ursprünglichen Budgetplan sind hier 50.000 € für alle im Jahr 2014 stattfindenden Bundesparteitage angesetzt worden. Beim Bundesparteitag 2014.1 am 04./05.01.2014 sind 32.471 € angefallen.

    Den Kassenprüfern wurde zum Prüfungstermin eine vorläufige, noch unvollständige Teamliste vorgelegt, die zu diesem Zeitpunkt 145 Helfer umfasst. Es ist zu erwarten, dass dieser Plan noch um ca. 20 Stellen erweitert wird (Versammlungs- und Wahlleitung noch unvollständig).

    In Anbetracht dieser Daten ist zu erwarten, dass die angesetzten 50.000 € nicht ausreichend sein werden. Insofern sehen die Kassenprüfer auch hier eine dringende Notwendigkeit, eine Anpassung vorzunehmen.
- Personalkosten:

  Im ursprünglichen Budgetplan wurden Kosten i. H. v. ca. 275.000 € / Jahr für Personal angesetzt. Die tatsächlichen Kosten könnten sich u. U. auf ca. 300.000 € / Jahr belaufen (s. Punkt 9). Auch hier sollte über eine Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten nachgedacht werden.

Für weitere Anmerkungen / Empfehlungen zur Anpassung des Budgetplans vgl. Punkt 16.

22.06.2014

14. Reisekostenerstattungen bei Bundesparteitagen

Die Kosten für Helfer bei Bundesparteitagen sind – gemäß aggregierter Daten der Buchhalter – im Zeitverlauf sehr stark angestiegen:

- BPT 2012.1: 871 €
- BPT2012.2: 8.787 €
- BPT 2013.1: 26.270 €
- BPT 2013.2: 38.916 €
- BPT 2014.1: 32.471 €.

Während die Anzahl der Helfer in den Bereichen Technik, Ton, Strom, Wahlleitung näherungsweise konstant geblieben ist, ist sie in anderen Bereichen / Teams sehr stark angestiegen.

Den Kassenprüfern wurde zum Prüfungstermin eine vorläufige, noch unvollständige Teamliste vorgelegt, die zu diesem Zeitpunkt 145 Helfer umfasst. Es ist zu erwarten, dass dieser Plan noch um ca. 20 Stellen erweitert wird (Versammlungs- und Wahlleitung noch unvollständig).

In Anbetracht der aktuell – bzw. für den folgenden außerordentlichen Bundesparteitag am 28./29.06.2014 – gültigen Reisekostenregelung (vgl. Beschluss #4706 „Reisekostenordnung für (a)BPT14.2", http://verwaltung.piratenpartei.de/issues/4706) ist auch beim folgenden Parteitag mit hohen Reisekosten für die Helfer zu rechnen und die ursprünglich im Budgetplan veranschlagten Mittel in Höhe von 50.000€ für alle Parteitage im Jahr 2014 werden aus Sicht der Kassenprüfer nicht ausreichend sein (vgl. Punkt 12).

Die Kassenprüfer raten dringend dazu an, die aktuell gültige Reisekostenregelung insgesamt in Frage zu stellen, zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten.

22.06.2014

15. Kommentierungen zu ausgewählten Prüfungspunkten

Punkte aus der vorherigen Prüfung:

2013:

- Aufbewahrung Buchungsunterlagen / Archiv:
  - bis einschließlich 2012 sind sämtliche Buchhaltungsunterlagen im Archiv eingelagert.
- #1463 Inventar muß aktualisiert werden (z.B. Switche HP3800) – kann erst in der nächsten Prüfung überprüft werden.
  - nach wie vor ausstehend; Inventarliste muss aktualisiert werden
- Vertragsbuch mit aktueller Übersicht dringend zu empfehlen um wiederkehrende Abbuchungen besser kontrollieren zu können (Keine einzelnen Rechnungen für die Abbuchungen vorhanden)
  - noch offen; Abklärung mit dem nächsten Bundesvorstand durch die Buchhalter
- Buchungsnr. #1991 Reisekostenvorschuß [redacted] 300€ (es liegt eine Mail vor, mit der Zusage der Rückzahlung)
  - nach wie vor offen
- Sachkonto 061910 bitte aufteilen in IT und Telefonkosten zwecks erhöhter Übersichtlichkeit
  - nicht sinnvoll im laufenden Geschäftsjahr; Behandlung frühestens 2015, bestenfalls im Rahmen einer allgemeinen Überarbeitung des Kontenplanes (Empfehlung seitens der Kassenprüfer nach Rücksprache mit der Buchhaltung)
- Buchungsnr. #2538 Rechnungen für die beiden Verwaltungsnotebooks fehlen. Wurden über Amazon bestellt und die Rechnungen fordert Fr. Schwenteck nach.
  - Die Rechnungen liegen mittlerweile vor.
- Buchungsnr. #2553 die Belege für den Vorschuss fehlen noch. Eine Auflistung der einzelnen Rechnungen ist bereits vorhanden.
  - Die Belege sind inzwischen eingereicht worden.

2014:

- #51 1und1 Internet AG Rechnung in Höhe von 39,96 € fehlt vom 09.01.14
  - noch ungeklärt
- #83 1und1 Internet AG Rechnung in Höhe von 107,86 € fehlt vom 20.01.14
  - noch ungeklärt
- #109 1und1 Internet AG Rechnung in Höhe von 9,99 € fehlt vom 27.01.14
  - noch ungeklärt
- Laut Satzung hat der Bundesvorstand – bzw. zum aktuellen Zeitpunkt der kommissarische Bundesvorstand – einen Finanzbericht vorzulegen (vgl. Satzung § 9b (8)). Den Kassenprüfern liegt zum aktuellen Zeitpunkt kein Finanzbericht vor. Der kommissarische Bundesvorstand ist angehalten, dieser Verpflichtung schnellstmöglich nachzukommen.

22.06.2014

16. Fazit und Empfehlungen

Die Buchhaltung arbeitet in sämtlichen Bereichen weitestgehend sehr vorbildlich. Die Unterlagen sind – nach stichprobenartiger Überprüfung – vollständig, übersichtlich und für Dritte nachvollziehbar. Einzelheiten sind den jeweiligen Punkten 4, 5, 6 und 7 zu entnehmen.

Die noch offenen Punkte (vgl. Punkt 15) sind zeitnah zu klären.

Sonstige Empfehlungen:

- Der kommissarische Bundesvorstand bzw. der nachfolgende Bundesvorstand, der am 28./29.06.2014 neu gewählt wird, sollte gem. Satzung (vgl. E. ETAT § 16 Haushaltsplan) unverzüglich einen Nachtragshaushalt vorlegen. Eines solchen Nachtragshaushalts hätte es nach Meinung der Kassenprüfer spätestens zu dem Zeitpunkt des Rücktritts einzelner Vorstandsmitglieder bedurft, da vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit bestand, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Zumindest hätte eine Überarbeitung des Budgetplans erfolgen sollen.

  In diesem Zusammenhang wird dem zukünftigen Bundesvorstand in Anbetracht genannter Unwägbarkeiten und Unsicherheiten (Einnahmen, Ausgaben) angeraten, einzelne Beschlüsse des kommissarischen Bundesvorstandes auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und diese ggf. aufzuheben.

- Reisekostenregelung für Helfer bei Bundesparteitagen: Die Kassenprüfer raten dringend dazu an, die aktuell gültige Reisekostenregelung insgesamt in Frage zu stellen, zu überprüfen und ggf. zu überarbeiten (vgl. Punkt 13 und 14).

- Mit Beschluss Nr. #3664 „SG Fundraising – Infrastrukturkosten" (vgl. ist ein Fundraising-Tool mit einem Bruttowert von ca. 11.650 € für einen Zeitraum von zwei Jahren angeschafft wurden. Es wird empfohlen im Laufe der kommenden zwei Jahre dieses Tool hinsichtlich seines Erfolges zu prüfen.

- PShop: Die Kassenprüfer empfehlen für die Zukunft das Anlegen eines eigenen Nummernkreises (vgl. Punkt 6).

- wGB: Die Kassenprüfer empfehlen der Piratenpartei Deutschland eine Einstellung des Dauerprojektes R09030012 (vgl. Punkt 7).

- Die Kassenprüfer empfehlen Überarbeitung des Kontenplans. Dieser Punkt wird nach Aussage der Buchhaltung auf der anstehenden Verwaltungskonferenz im Oktober behandelt.

- Die Kassenprüfer empfehlen eine Erweiterung der Satzung in Hinblick auf die Aufgaben der Kassenprüfer (ergänzende Begründung im Anhang).

  In diesem Zusammenhang empfehlen die Kassenprüfer überdies, zeitnah eine interne Revision / ein internes Controlling aufzubauen. Diese „Abteilung" sollte sich insbesondere um die folgenden Punkte kümmern:

  - Einhaltung des Budgetplans / Budgetkontrolle
  - Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung (was die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung anbelangt, s. u.).

  und insofern die Arbeit und Aufgaben der Kassenprüfer ergänzen.

22.06.2014

Prüfungserklärung

Berlin, den 22.06.2014

Kassenprüferin Christina Mädge

Kassenprüfer Thomas Gaul

Anlage: Entscheidungsmatrix zum außerordentlichen Bundesparteitag (vgl. Punkt 1.3)

22.06.2014

Anhang

Ergänzende Begründung seitens der Kassenprüferin zur Erweiterung der Satzung in Hinblick auf die Aufgaben der Kassenprüfer:

Die Aufgaben von Kassenprüfern sind nicht eindeutig definiert. Die Piratenpartei Deutschland ist ein nicht eingetragener Verein. Im Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 21 – 89 BGB) sucht man vergebens nach einer Bestimmung über die Kassenprüfung und/oder Revision sucht. Das Genossenschaftsrecht (§ 53 GenG) ist hier schon präziser:

§ 53 GenG (Zweijährliche oder jährliche Pflichtprüfung)

(1) Zwecks Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ordnungsgemäßheit der Geschäftsführung sind die Einrichtungen, die Vermögenslage sowie die Geschäftsführung der Genossenschaft einschließlich der Mitgliederliste in jedem zweiten Geschäftsjahr zu prüfen. Bei Genossenschaften, deren Bilanzsumme zwei Millionen Euro übersteigt, muß die Prüfung in jedem Geschäftsjahr stattfinden.

(2) Im Rahmen der Prüfung nach Absatz 1 ist der Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts zu prüfen. § 316 Abs. 3, § 317 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Handelsgesetzbuches sind entsprechend anzuwenden

Im Vereinsrecht existiert keine verbindliche Regelung hinsichtlich Art und Weise sowie Umfang und Tiefe von Kassenprüfung und/oder Revision.

Allenfalls fündig wird man in Vereinssatzungen. Diese definieren mitunter die Bestimmungen zur Kassenprüfung. Unsere Satzung äußert sich zu den Aufgaben der Kassenprüfer wie folgt (vgl. Abschnitt A. Grundlagen, § 9 (b) Abs. 8):

„Der Bundesparteitag wählt mindestens zwei Kassenprüfer. Diesen obliegen die Vorprüfung des finanziellen Tätigkeitsberichtes für den folgenden Bundesparteitag und die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das PartG eingehalten wird. Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig zu übergeben sind. Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem Bundesparteitag die letzte Vorprüfung der Finanzen durchzuführen. Die Amtszeit der Kassenprüfer ist deckungsgleich mit der Amtszeit der Mitglieder des Bundesvorstandes."

Aus dieser – und ähnlichen Bestimmungen – lässt sich jedoch noch nicht entnehmen,

- in welcher Art und Weise
- in welchem Umfang und in welcher Tiefe

die Kassenprüfung zu erfolgen hat. Unstrittig sind aus Sicht der Kassenprüfer – und sicher auch innerhalb der Gesamtpartei – Prüfungen, die sich auf die Kompatibilität von Beschlüssen, Buchungen und Belegen beziehen. Zu klären sind insbesondere Fragen wie:

Dürfen die Kassenprüfer auch die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung prüfen?

Hierzu führen die Kassenprüfer folgende Thesen an:

1. These: Parteien müssen ihre Mittel wirtschaftlich und sparsam verwenden

Argumente:

- Parteien finanzieren sich wesentlich aus öffentlichen Mitteln, deswegen kann eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung erwartet werden wie sonst bei der Verwendung staatlicher Mittel auch.
- Von einem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Mittelverwendung geht auch der Bundestagspräsident aus: "Die Parteien sollen mit dieser detaillierten Rechenschaftslegung zudem angehalten werden, die haushaltsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten und ihr Finanzgebaren einer öffentlichen Kontrolle zu unterstellen."http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/001/1300140.asc

22.06.2014

2. These: Kassenprüfer haben die Einhaltung des Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitsgebots zu kontrollieren

Argumente:

- Laut Bundessatzung (§ 9) obliegen den Kassenprüfern die Vorprüfung des finanziellen Tätigkeitsberichtes des Bundesvorstands für den folgenden Bundesparteitag und die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das PartG eingehalten wird.
- Zu den gesetzlichen Vorschriften gehören auch die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Weiterhin zu klären ist:

Was bedeuten die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Mittelverwendung?

Prüfungsordnung des Bundesrechnungshofes, § 4 Abs. 3: "Bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit wird untersucht, ob das günstigste Verhältnis zwischen dem verfolgten Zweck und den eingesetzten Mitteln angestrebt und erreicht wurde. Sie umfasst die Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns einschließlich der Zielerreichung (Erfolgskontrolle). Sie umfasst auch die Prüfung, ob die eingesetzten Mittel auf den zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Umfang beschränkt wurden (Grundsatz der Sparsamkeit)."

Diese Fragen sind zu klären und durch Beschlüsse auf einem Bundesparteitag in der Satzung zu fixieren.

Ausführliche Infos zur Kassenprüfung – was und wie zu prüfen ist – finden sich u. a. im Aufsatz „Kassenprüfung und Revision in gemeinnützigen Vereinen", Malte Jörg Uffeln, Magister der Verwaltungswissenschaften, 20.04.2004 (vgl.http://www.kanzlei-uffeln.de/ku/vr/Aufsatz%20Kassenpruefung%20und%20Revision%20in%20gemeinnuetzigen%20Vereinen.doc).

22.06.2014

	Anforderung	Germering		
Termin	28.6. (bevorzugt) 5.7. (1. WE Sommerferien in NRW) 21.6. (notfalls, können nicht alle) Nicht zu nah an der Europawahl, um nicht Aktive aus dem Wahlkampf abzuziehen. Nicht an Feiertagen oder in Ferien die Teilnahme einschränken könnten.	31.05.-01.06.2014	2	31.5.-1.06.2014 und 0
Erreichbarkeit	Wunschort ist in Ostdeutschland, vorrangig in Sachsen (nicht zu nah an Dresden), Thüringen oder Brandenburg, und nicht zu nah an Berlin Möglichst gute Erreichbarkeit aus allen Bundesländern	Erreichbarkeit okay, aber nicht Ostdeutschland und nicht zentral	1	schlecht
Übernachtungsmöglichkeiten	Möglichst viele Übernachtungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Preisklassen für die erwartete Teilnehmerzahl. Wenn möglich auch Übernachtungsplätze in Halle / zum Camping	n/a	1	zu wenig
Zeitliche Verfügbarkeit des Orgateams	Orga muss verfügbar sein um reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.	Mainorga kann nicht	1	Florens kann am 1. Te
Größe der Halle	1.200-1.500 Teilnehmer mit ordentlicher Bestuhlung & Tischen. Insgesamt müssen 2.000 Personen in die Halle passen (mit Helfern, Presse etc.). Außerdem zusätzliche Räume für Orga, Presse etc.	1400 Personen	2	2.500 Personen
Grundkosten	-	ohne Tische/nur Reihenbestuhlung max. 1400 Personen 11.366,88 € brutto		inkl. Tische/Stühle/Rei 2.500 Personen ca. 20
Zusätzliche Kosten	-	Internet für Teilnehmer ist im Preis nicht enthalten		Internet ist im Preis ni
Gesamtkosten	So günstig wie möglich bei Erfüllung der o.a. Kriterien	11.366,88 €	5	23.800,00 €
Input Mainorga & (k)BuVo	Mainorga sollte mit Hallenorga arbeiten können und reibungslosen Ablauf annehmen können.	Nicht besichtigt Internet und Tische für Teilnehmer sind nicht geplant Angebot nicht detailliert genug Hier wurde an der Orga vorbei gearbeitet, gute Zusammenarbeit ist daher nicht zu erwarten.	1	Nicht besichtigt Angebot enthält keine Halle ist der Orga nich mehr Vorlauf benötigt
			13	

ANHANG **zum Kassenprü**

	Anforderung	Germering		Al
Termin	28.6. (bevorzugt) 5.7. (1. WE Sommerferien in NRW) 21.6. (notfalls, können nicht alle) Nicht zu nah an der Europawahl, um nicht Aktive aus dem Wahlkampf abzuziehen. Nicht an Feiertagen oder in Ferien die Teilnahme einschränken könnten.	31.05.-01.06.2014	2	31.5.-1.06.2014 und 06
Erreichbarkeit	Wunschort ist in Ostdeutschland, vorrangig in Sachsen (nicht zu nah an Dresden), Thüringen oder Brandenburg, und nicht zu nah an Berlin Möglichst gute Erreichbarkeit aus allen Bundesländern	Erreichbarlkeit okay, aber nicht Ostdeutschland und nicht zentral	1	schlecht
Übernachtungsmöglichkeiten	Möglichst viele Übernachtungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Preisklassen für die erwartete Teilnehmerzahl. Wenn möglich auch Übernachtungsplätze in Halle / zum Camping	n/a	1	zu wenig
Zeitliche Verfügbarkeit des Orgateams	Orga muss verfügbar sein um reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.	Mainorga kann nicht	1	Florens kann am 1. Terr
Größe der Halle	1.200-1.500 Teilnehmer mit ordentlicher Bestuhlung & Tischen. Insgesamt müssen 2.000 Personen in die Halle passen (mit Helfern, Presse etc.). Außerdem zusätzliche Räume für Orga, Presse etc.	1400 Personen	2	2.500 Personen
Grundkosten	-	ohne Tische/nur Reihenbestuhlung max. 1400 Personen 11.366,88 € brutto		inkl. Tische/Stühle/Rein 2.500 Personen ca. 20.0
Zusätzliche Kosten	-	Internet für Teilnehmer ist im Preis nicht enthalten		Internet ist im Preis nic
Gesamtkosten	So günstig wie möglich bei Erfüllung der o.a. Kriterien	11.366,88 €	5	23.800,00 €
Input Mainorga & (k)BuVo	Mainorga sollte mit Hallenorga arbeiten können und reibungslosen Ablauf annehmen können.	Nicht besichtigt Internet und Tische für Teilnehmer sind nicht geplant Angebot nicht detailliert genug Hier wurde an der Orga vorbei gearbeitet, gute Zusammenarbeit ist daher nicht zu erwarten.	1	Nicht besichtigt Angebot enthält keiner Halle ist der Orga nicht mehr Vorlauf benötigt
			13	

Entscheidungsmatrix zum auße